Zeitschrift: Film und Radio mit Fernsehen

Herausgeber: Schweizerischer protestantischer Film- und Radioverband

Band: 18 (1966)

Heft: 8

Rubrik: Die Welt im Radio

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 03.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

FERNSEH - WAHLEN

FH. In der letzten Nummer wiesen wir auf die historisch zu nennende Wandlung hin, die sich in der politischen Willensbildung Amerikas durch die Fernsehübertragungen der Vietnam-Diskussion in der Untersuchungskommission des Senates vollzogen hat. Gegenwärtig liegen sichere Anzeichen dafür vor, dass auch die englischen Parlamentswahlen durch das Fernsehen entschieden wurden. Die wirkliche Wahlcampagne ist gegenwärtig ziemlich eintönig und langweilig, im Gegensatz zu frühern, während sich die Leute überall an die Fernsehschirme drängen, während wir diese Zeilen schreiben.

Die Situation hat selbstredend eine ganze Reihe von Problemen aufgeworfen, besonders für die Hauptbeteiligten, die beiden Parteileitungen und die Fernsehinstanzen. Schon rasch nach der Ankündigung des Wahltermins kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung um die Rolle des Fernsehens. Es war sozusagen der erste Kampf in der Campagne. Nachdem feststeht, dass der Wahlausgang, gelinde gesagt, zur Hauptsache von den Fernsehleistungen der beiden Parteiführer abhängt, die als neuartige Stars aufzutreten haben, war es fast unvermeidlich, dass wuchtige Aktionen der Politiker zur Beherrschung des Fernsehens einsetzten. Spannungen zwischen ihnen und den Fernsehdirektionen waren die zwangsläufige Folge. Diese hatten sich gezwungen gesehen, eine Anzahl von Grundsätzen zu veröffentlichen, welche während der Wahlcampagne von jedermann beachtet werden müssten, der sich des Fernsehens bedienen wolle. Ein Hagel von Protesten war die Folge, und ein Mitglied der konservativen Schattenregierung, Butler, nannte die Regulierungen als "ebenso absurd wie mittelalterliche Theologie".

Damit war der Konflikt schon zu Beginn an die Oeffentlichkeit gebracht. Die beiden grossen Parteien erhielten in der Folge noch Zuzug für ihre Proteste durch die Parteileitung der Liberalen. Anders als früher ging es dabei im wesentlichen nicht so sehr um die Zeitdauer, welche den Parteien am Fernsehen eingeräumt werden sollte, als um das steigende Mass von Ansprüchen, welche die Parteien stellen, um das politische Fernsehen überhaupt in die Hand zu bekommen. Die "Sunday Times" beschuldigt sie geradezu, eine versteckte Zensur über das Fernsehen eingerichtet zu haben. Sie einigten sich zum Beispiel darauf, ein Programm des ITV-Fernsehens zu unterdrücken, welches ein grosses Interview der drei Parteiführer durch eine sorgfältig ausgelesene Zuschauerschaft vor dem Fernsehschirm geplant hatte. Sie verlangten, dass in keiner Sendung Zuschauer anwesend und sichtbar sein dürften, und erreichten auch ihr Ziel. Aus Fernsehkreisen wurde das zum Anlass genommen, um die Tendenz zu beklagen, dass das gesamte Fernsehen mehr und mehr zu einer blossen Erweiterung der Parteimaschinen wird".

Zwar wurde eine Kommission für politische Fernsehsendungen gegründet, in welcher die drei Parteien und die beiden grossen Sendegesellschaften BBC und ITA offiziel vertreten sind und zusammenarbeiten sollen. Doch diese behaupten, sie hätten nichts mehr zu sagen, denn alle Entscheide seien schon vor den Sitzungen zwischen den Parteien gefällt worden, und sie könnten nur noch Ja und Amen sagen. Es bestehe geradezu eine gemeinsame Front der Parteien gegenüber dem Fernsehen. Offiziell ist diese Kommission allerdings nicht anerkannt, sodass ihre Entscheide keine bindende Rechtskraft besitzen. Die Fernseh-Instanzen können formal Programme nach Belieben ausstrahlen, ohne sich um diese zu kümmern. Aber in der Wirklichkeit ist es eben so, dass kein führendes Parteimitglied von seiner Partei die Erlaubnis erhält, in einem Fernsehprogramm aufzutreten, das nicht den Segen der betreffenden Partei erhalten hat. Zwar gibt es in jeder Partei einige Mitglieder, die sich um Disziplin nicht kümmern und trotzdem im Fernsehen erscheinen möchten, doch die Parteien üben hier einen rücksichtslosen Druck auf die Programmleitungen aus. "Und die grossen Sendegesellschaften wissen, dass sie ihr Leben dem Parlament verdanken", äusserte ein Programmschaffender klagend.

Die Parteien haben fünf Grundsätze bei den Fernsehleitungen durchgesetzt: Während einer politischen Fernsehdiskussion dürfen keine Zuschauer anwesend sein, Parteileitungen können gegen das Erscheinen eines Mitgliedes bei der Fernsehleitung ein Veto einlegen, (wobei ihnen die gewünschten Auftretenden jeweils vorher gemeldet werden müssen). Bei der Auswahl der Aufzutretenden haben die Parteien ein Mitspracherecht; das Fernsehen darf nicht von sich aus Leute auswählen und beiziehen. Hier spielt noch eine gesetzliche Bestimmung hinein, wonach ein Kandidat eines Wahlkreises nicht allein ohne seine Konkurrenten im gleichen Wahlkreis auftreten darf. Auf diese Weise kann ein bekannter Kandidat verhindern, dass seine unbekannten, neuen und jungen Konkurrenten am Fernsehen erscheinen und sich bekannt machen dürfen, indem er seinerseits jedes Auftreten ablehnt. Schön ist, dass ferner alle Parteien sich darauf geeinigt haben, dass an Sonntagen keine politischen Programme gezeigt werden sollen. Auch die Diskussion grundlegender Probleme kann von einer Partei verhindert werden, indem sie sich weigert, einen Redner dafür zu stellen oder ihre Zustimmung zu einem dafür Vorgeschlagenen zu geben.

Das Fernsehen hat aber auch gelernt, in diesen hitzigen Wahlzeiten sehr vorsichtig zu sein. Es hat sich schon zweimal veranlasst gesehen, schon angesetzte Fernsehsendungen im letzten Augenblick nicht durchzugeben, aus Angst, sie könnten missverstanden oder falsch ausgelegt werden. Das geschah zum Beispiel einer Sendung von zwei Amerikanern über die Rolle des Fernsehens bei Wahlen in andern Ländern. Die BBC hat ausserdem während der ganzen Zeit alle Erwähnungen von Meinungsäusserungen in ihrem grossen Uebersee-Weltdienst gestoppt. Offenbar fürchtete sie, man könnte ihr Beeinflussung der Wahlcampagne über das Ausland, indirekt, vorwerfen.

Eine Aktion des Fernsehens, die Sendungen der Parteien zu verkürzen und ihre Zahl herabzusetzen, stiess auf eine gegnerische Einheitsfront. Die Parteien wollten hier keinerlei Konzession machen; die Argumente des Fernsehens, dass total 13 Parteisendungen zu viel seien und die Zuschauer sich dabei langweilten, fanden keine Gegenliebe. Nur für 8 Sendungen wurde eine Kürzung von fünf Minuten zugestanden.

Interessant ist, dass die Parteien bei ihren Vorbereitungen für die Partei-Fernseh-Propagandasendungen jede Hilfe von Fachleuten ablehnten. Es sollte alles durch Amateure gemacht werden, das wirke auf das breite Publikum viel stärker als die geschniegelte Perfektion der Professionellen, (was eine grobe Täuschung sein kann). Ursache scheint dafür unter anderem auch die Tatsache zu sein, dass eine Partei anlässlich der letzten Campagne für ca. 7000 £ Filme für das Fernsehen drehen liess, wovon aber nur für ca. 5 £ gebraucht wurden. Der Rest wurde gegenstandslos und ist unbrauchbar geworden. Jetzt soll das fehlende Können jeweils durch Spontaneität ersetzt werden. Begreiflich, dass die Fernsehleute den Sendungen mit grosser Skepsis entgegensehen. Sie versuchten sich unauffällig und helfend einzuschalten, stiessen aber auf kein Verständnis. Sie glauben, dass solche Sendungen kein hohes Niveau aufweisen könnten und dem britischen Fernsehen nicht sonderlich zur Ehre gereichten. Am besten hat sich am Fernsehen jener Politiker erwiesen, der innerlich Freude daran hat, auf dem Fernsehschirm erscheinen zu können. Dazu gehört vor allem der Premier, Wilson, der immer sehr gelöst ist, während sein Konkurrent Heath eine innere Gespanntheit nicht verleugnen kann. Dilettanten, so glauben die Fachleute, sind auch nur allzu geneigt, zu vergessen, dass Politiker immer dann am besten vor dem Fernsehen abschneiden, wenn sie mit harten und provozierenden Fragen bedrängt werden. Wilson zeigte sich auch am Fernsehen vertraut mit manchen Tricks. Natürlich ist es nicht erfreulich, dass die Frage, wer ein grosses Land regieren soll, stark davon abhängt, wer solche Tricks besser kennt. Aber zu ändern ist dies nicht mehr, weshalb auf die Mitwirkung der Fachleute bei politischen Sendungen nicht verzichtet werden sollte.

Die Hauptfrage, die für manche Entscheidungen die Grundlage bieten könnte, ist durch die Wahlcampagne nicht entschieden: Haben die Parteien das Fernsehen nötiger oder das Fernsehen die Parteien? Wahrscheinlich sind beide aufeinander angewiesen. Auf die Dauer dürfte sich das Fernsehen durch die Programm- und Sendervermehrungen als stärker erweisen.

Was aber sagen jene, für die all das bestimmt ist, dazu, die Zuschauer? Sie schätzen es gewiss, die Hauptkandidaten über das Fernsehen genau sehen, kennen lernen und begutachten zu können. Aber langsam schien es ihnen während der Campagne doch etwas zuviel zu werden. Die Anordnung, dass am Abend der Wahlen sämtliche Radio-und Fernsehstationen Englands in den Dienst der Information des Landes gestellt würden, wurde verschiedenenorts als übertrieben bezeichnet. Es hätte genügt, wurde in einem Artikel des "Observer" erklärt, wenn drei grosse Radio-Programmketten und Fernsehnetze, die überall empfangen werden können, laufend über die Wahlen berichtet hätten. Viele Leute wollten auch an einem solchen Abend noch etwas anderes sehen und hören als nur Detailresultate aus den vielen einzelnen Wahlkreisen. Das hätte auch berücksichtigt werden müssen. Zeichen einer Uebersättigung? Kaum, höchstens eine Warnung an die Sendegesellschaften, den Bogen nicht zu überspannen. Das aber ändert nichts daran, dass das Fernsehen auch in England zu einem politischen Machtfaktor ersten Ranges geworden ist, der auch das Radio weit hinter sich gelassen hat. Es hat sich zum mindesten ein Veto-Recht erobert: wer am Fernsehen irgendwie, wenn auch ganz unverschuldet, nicht gefällt, hat keine Aussicht mehr in den obersten Rang zu kommen. Die Parteien werden in Zukunft gar nicht mehr anders können, als unter den Fähigsten jenen auszuwählen, der am meisten fernseh-geeignet ist, zweifellos eine Entwicklung von historischer Tragweite.

WIE ES KAM

ZS. Die Frage, wie in einem sonst zivilisierten Land eine zu jedem Verbrechen fähige Gangsterbande wie die Nazis die Macht an sich reissen konnte, ohne rechtzeitig entlarvt und vernichtet zu werden, beschäftigt die Welt heute stärker als vor 20 Jahren. Die Literatur darüber schwillt immer mehr an, allerdings im Ausland mehr als in Deutschland. Treibende Kraft ist wohl das halb-unbewusste Gefühl, dass es nicht möglich sein würde, eine Wiederkehr dieser in der Geschichte der Menschheit einmaligen Untaten zu verhindern, wenn es nicht gelinge, alle Ursachen dafür einzeln festzustellen. Was man verstanden hat, ist schon weniger schlimm; unheimlich ist das Unabgeklärte, Düster-Geheimnisvolle, das einen dauernden Alpdruck bewirken kann, der einen Menschen bis zur Verzweiflung zu treiben vermag.

Hier soll nicht von den politischen Ursachen die Rede sein, der politischen Schwäche und der Ambivalenz der Weimarer-Politiker, der Mitschuld ausländischer Politiker, die den Frieden um jeden Preis bewahren wollten, und dadurch erst recht an einem ungeheuren Blutbad mitschuldig wurden, usw. Wichtig ist vor allem auch die Frage, wie die deutschen Bürger von Hitler gewonnen werden konnten, unter denen sich Viele bis anhin friedlich Gesinnte befanden. Darüber hat kürzlich ein englischer Forscher, W. Allan, in einer englischen Radiosendung gesprochen. Seine Ausführungen, das Resultat jahrelanger Forschungen in Deutschland, werden stark erweitert auch als Buch herauskommen.

Am Beispiel einer deutschen Kleinstadt in Mitteldeutschland, der er den fiktiven Namen Thalburg gab, zeigte er, wie die Nazis die Bevölkerung (nicht die gesamte) zu sich hinüberziehen konnten. Es handelte sich um Bürger, die gerne einmal gut assen, aber sonst keine grossen Ansprüche an das Leben stellten. Am Sonntag wurde in den nahen Wald gegangen; eine Reise in die nicht sehr entfernte Grosstadt war schon ein Ereignis, eine solche an den Rhein ein Lebenstraum. Doch da erschien um 1930 herum das Gespenst einer Wirtschaftsdepression, ausgehend von der New Yorker Börse. Dort fielen dauernd die Kurse. Dabei hatte man sich eben erst von der unvorstellbaren Inflation erholt. Die Thalburger hofften, natürlich vergebens, sie würden von dieser Depression nicht erfasst.

Am härtesten wurden die Arbeiter von ihr betroffen. Sie verloren ihre Arbeit und standen müssig an den Strassenecken herum. Trotzdem hielten sie jedoch an der bestehenden politischen Ordnung im allgemeinen fest, so wie sie 1918 geschaffen worden war. Die mittleren Schichten des Bürgertums dagegen, die in der Inflation schon einmal alles verloren hatten, bekamen es mit der Angst. Sie öffneten ihre Ohren der Nazi-Propaganda, die nach Revolution rief. Die Kommunisten, die dies ebenfalls taten, kamen für sie nicht in Frage. Dabei waren diese Leute infolge der Wirtschaftsstruktur von Thalburg gar nicht so schwer betroffen. Geschäftsleute, Gewerbetreibende, büssten nicht viel von ihrem Umsatz ein. Handwerker hatten immer Arbeit, ebenso die Staatsangestellten, deren Gehälter zwar etwas beschnitten wurden, die aber alle ihre Stellen behalten konnten, im Gegensatz zur Arbeiterschaft. Auch wenn Gehälter und Löhne etwas sanken, so sanken auch die Preise. Es war sogar Tatsache, dass die Ersparnisse weiter anstiegen.

Aber die Angst hatte die Geschäftsleute trotzdem gepackt, auch wenn sie keineswegs Gefahr liefen, bankerott zu werden. Die Banken schränkten die Kredite ein. Manche Angestellten und Beamte dachten, wenn sie die Gesichter der Arbeitslosen sahen: "Bin ich wohl der Nächste? Wann wird das einmal enden?" Und hier kamen die Schwächen der Weimarer Regierung ins Spiel: es gab darauf von oben nie eine Antwort, sie verhielt sich viel zu passiv. Das erregte die Menschen bis zur Verzweiflung.

In dieser Atmosphäre von Angst und Sorge wurde die Stimme der Nazis mehr und mehr gehört, und Thalburg, welches von der kleinen Nazi-Partei bisher keine Notiz genommen hatte, wurde von ihr mehr und mehr angezogen. Es ist bekannt, dass die Nazis kein Mittel scheuten, um ihre Ideen (allerdings nur die sanfteren) unter das Volk zu bringen. Von etwa 1930 an hielten sie alle 14 Tage in Thalburg ein Treffen ab. Sie mieteten billige Säle, vorzugsweise kleine, damit nicht ganz so viele Stühle leer blieben. Sie schufen auf diese Weise ein Bild von sich. Den geplagten Thalburgern schienen die Nazis kräftig, ihrer Sache ergeben und sehr jung. Ihre Reihen waren mit jungen Leuten besetzt, die nichts von der Welt wussten, aber glaubten alles zu kennen. Sie waren ernsthaft, glaubten, für soziale Gerechtigkeit einzutreten und die Arbeitslosigkeit beseitigen zu können. Sie flössten den Bürgern das Gefühl rastloser Energie ein, während von den Weimarer Parteien weit und breit nichts Neues zu hören war. Ueberall erschien das Hackenkreuz an den Wänden, wurden Pamphlete in alle Wohnungen verteilt. "Ich wurde durch dieses Kraftgefühl der Partei angezogen, obwohl Vieles an ihr sehr fragwürdig schien", erklärte eine Hausfrau. Hier wird einmal mehr deutlich, wie gefährlich es für eine Regierung sein kann, dem Grundsatz "wait and see" zu huldigen, einfach abzuwarten, dazu noch ohne eingehende Erklärungen.

Der Grund für die unaufhörliche Aktivität der Nazis war, dass sie den Thalburgern allüberall zeigen wollten, wie sehr sie an ihre abstrusen Ideen glaubten. Aber wer waren sie denn? Es gab unter ihnen nur wenig allgemein bekannte Nazis. Doch die Bevölkerung kannte wenigstens einen von ihnen gut: Walter Timmerla, ein Buchhändler an der Hauptstrasse.

Der hatte während seiner Wanderjahre im Ausland die Schriften von Houston Steward Chamberlain gegen die Juden kennen und bewundern gelernt. Er hatte auch vernommen, dass dieser Engländer einmal mit Bezug auf Hitler erklärt hatte, "er wüsste einen Mann, dem er mit geschlossenen Augen folgen würde". So schloss sich Timmerla den Nazis an, der erste Parteigenosse in Thalburg, wo er beliebt war. Er war freundlich mit jedermann, aber doch ernst, um die Leute in Respekt zu halten. Sein Buchladen war das intellektuelle Zentrum der Stadt, und er war Präsident der städtischen Lesegesellschaft. Die Thalburger erklärten später: "Timmerla trägt eine schwere Last, denn hauptsächlich durch sein Beispiel kamen Viele zur Nazi-Partei." Sie sagten sich: wenn er drin ist, ist sie in Ordnung. Es ist interessant, dass auch Allan hier auf einen Typus Mensch stösst, der in all diesen abstrusen Bewegungen eine wichtige Rolle spielt: auf den Halbgebildeten, oder schärfer ausgedrückt: auf den Halb-Intellektuellen. Er bildet sich ein, ebensoviel Wissen und Können zu besitzen wie ein echter Intellektueller, hat aber oft weniger Lebensverstand als eine alte Bauersfrau.

Für ihn und andere war die Nazi-Partei die betont anti-marxistische. Die "marxistische" Partei in Thalburg waren die Sozialdemokraten, die SPD, die damals überhaupt die stärkste Partei in Thalburg war und die Schlüsselstellungen innehatte. Sie war jedoch antirevolutionär und marxistisch nur in einem Jargon, der dem Weiterbestand des Bestehenden nicht gefährlich wurde.

Doch die Sozialisten trugen statt der nationalen eine rote Fahne. Sie sangen die Internationale, und in den Tagen von Deutschlands Grösse unter Bismark gab es Gesetze gegen sie. Auch wenn nicht die ganze Bevölkerung an die Dolchstosslegende glaubte, so waren sie doch mit der Katastrophe von 1918 eng verbunden. Sie vertraten die Proletarier, die ungewaschenen Arbeiter, die ruhelosen Arbeitslosen. Sie predigten Marxismus und Klassenkampf (wenn sie auch nicht darnach handelten). Ihre Führer im Stadtrat übten unwahrscheinliche Tätigkeiten aus: "Oeler", "Arbeitersekretär", "Bahnwärter". Man kam mit ihnen gesellschaftlich nie zusammen, aber sie sassen im Stadtparlament, empfindlich, aggressiv, fordernd. Diesen radikalen Vertretern der Gleichheit Widerstand zu leisten, war in Zeiten der Depression von grösster Wichtigkeit. Und wer tat das entschlossener als die Nazis?

So dachten die Mittelständler von Thalburg, was die Nazis ausgezeichnet verstanden und ausbeuteten. Ohne sich darüber klar zu sein, brachten die kleinen Timmerlas von Deutschland der Nation und der Welt die gewissenloseste totalitäre Schreckenstyrannei, welche das westliche Abendland gesehen hat. Das war eine der Schlussfolgerungen von Allan. Es wäre sehr zu wünschen, wenn jemand die Rolle der Halbgebildeten in der damaligen Zeit gründlich untersuchen würde.

Von Frau zu Frau

SCHNULZEN UND SUESSHOLZ

EB. Ich glaube, ich muss Mäni Weber Abbitte tun. Ich mag zwar persönlich den unechten Samt seiner Stimme und seines Gebarens immer noch nicht. Ich mag es vor allem nicht, wenn man es - bei ihm oder auch bei andern - allzu deutlich spürt, dass nur auf bestimmte Tasten des "Registers" gedrückt wird, ganz bewusst, und schon ist man sich des Effektes sicher.

Aber - da kommt nun das Aber: In einer kürzlichen Fernsehsendung, die sich mit Sirup-Literatur befasste, sagte der Psychologe ganz eindeutig, sehr viele Menschen hätten "das" nötig. Sie brauchten diesen süssen Ersatz, weil sie in Wirklichkeit zu kurz kommen. Ob freilich dieses Surrogat schädlich sei oder nicht, darüber scheiden sich die Geister.

Es mag sein, dass viele zu kurz gekommen sind, sicher sogar. Es mag sein, dass sie sich aus Protest oder aus Sehnsucht eine "bessere" Welt schaffen, eine Traumwelt, in der die Männer - oder wenigstens der Held der Geschichte - die Frau ihres Herzens liebevoll umfangen, ihr ritterlich begegnen und sie beschützen. Sie bringen ihr auch Blumen heim, wie es Mäni Weber so seelenvoll empfiehlt. Aber ich fürchte trotzdem immer noch, dass es auch viele gibt, die an sich gar nicht so besonders zu kurz gekommen sind, die aber aus Unreife sich nicht damit abfinden können, dass die Männer nun einmal nicht so sind, wie es in den Süssholz-Heftchen steht und dass der ihre keine Ausnahme ist, wenn er hie und da bodenlos hässig oder auch unaufmerksam ist.

Wühlen sich denn da die vielen Tagträumerinnen(und Tagträumer?)